



## Pressemitteilung

3. November 2008

### **Task Force -Gespräch mit Bundestagsabgeordneten in Ludwigsfelde: Es wird Zeit, die bundesweite Bedeutung zu erfassen**

Am **10. November 2008** lässt sich der CDU-Bundestagsabgeordnete und Sprecher für Verkehrssicherheit der CDU-Bundestagsfraktion **Gero Storjohann MdB** über den Umfang der Störeinflüsse durch Verkehrsunfälle auf den Autobahnen unterrichten. In den Räumen der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde treffen sich maßgeblich Beauftragte aus Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein Westfalen mit dem Abgeordneten in der Zeit von 15 – 17 Uhr.

Seit einigen Jahren befassen sich die Interessenvertreter Brandenburger Feuerwehrfrauen und –männer mit den in ihrer Schwere zunehmenden Verkehrsunfällen gerade auf der Autobahn. Nach Osterweiterung hält die Zunahme des Schwerlastverkehrs zwischen West- und Osteuropa ungehindert an. Dabei sind insbesondere die Strecken der BAB 2, 9, 10 und 12 betroffen. Hier verläuft die Hauptverkehrsader zahlloser Schwerlasttransporte mit unterschiedlicher Beladung.

**Detlef Korn**, Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbandes Landkreis Oder-Spree e.V., hat aufgrund der Situation vor fast zwei Jahren eine Initiative ins Leben gerufen. Mit der „Task Force BAB 10/12“, wie sie ursprünglich hieß, holte er alle Zuständigen, die an Vorfällen auf den Autobahnen Befassung haben könnten, an einen Tisch. „Wir müssen uns überlegen, wie wir diese Vorfälle schneller abarbeiten, die Prozesse optimieren, Stauzeiten dadurch verkürzen und letztlich auch Folgegefahren minimieren“ stieg Korn damals in das Thema ein.

Zahlreiche Veranstaltungen zeigen die Probleme, im Sommer dieses Jahres wurde erstmals die unzureichende technische Ausstattung zuständiger Feuerwehren angesprochen. Trotz stetiger Gespräche konnte man in Brandenburg bislang kein Einvernehmen in der Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst erzielen: „... Einige im Lande sind der Meinung, dass alles in Ordnung sei, dabei herrscht draußen auf den Autobahnen ein Kriegszustand ...“ erboste sich Korn über diese Einschätzung. Aufgrund zunehmender Personalengpässe bräuchte die Polizei immer länger, um auch bei nur kleinen Vorfällen vor Ort zu sein. Das läge bei Weitem nicht an den Einsatzkräften oder ihrer Disponenten, die Personalknappheit bei der sog. Autobahnpolizei erschrecke einen schon, meinte Korn nachdenklich.

Aber auch der Ablauf nach einer Alarmierung von Polizei, Rettungsdienst und Autobahnmeisterei bedürfe nach wie vor eine Anpassung. Immer noch gibt es Mängel in einer zeitgleichen Aktivierung. Man wartet, bis der Rettungsdienst seine Arbeit erledigt, die Feuerwehr nicht mehr benötigt wird. Längst hätte beispielsweise der Abschlepper angefordert werden können. Aber hier gibt es nach wie vor Handlungsunsicherheiten. "Die Polizei geht nach einer aufgestellten Liste, damit niemand benachteiligt wird. Sie darf nicht fragen, ob derjenige, der gerade dran ist, den Auftrag auch erledigen kann. Oder wie schnell er am Unfallort ist. Da werden Unternehmen beauftragt, die Stunden später vor Ort feststellen: 'Wir können nicht', dann wird der Nächste geholt" stellt Korn erschreckend fest. Nach dem nächstgelegenen geeigneten Partner gehe man da nicht.

Die ARD sendet am 29. Oktober 2008 unter „ARD-exklusiv: Tod auf der A2“ einen Beitrag zu den schweren Unfällen auf der Autobahn. Andere Bundesländer meldeten sich zu Wort. Das Problem der Brandenburger setzen sich auch in Sachsen-Anhalt fort. Und Nordrhein Westfalen war längst ein Schritt weiter, dort wurde aufgrund der jetzt in Brandenburg zusammengefassten Erkenntnisse bereits Anfang 2000 vom NRW-Landesparlament ein Projekt ins Leben gerufen. Im „Störfallmanagement“ werden die Bestandteile definiert, die zu Verkürzungen von Sperr- und Stauzeiten beitragen.

Im terminierten Dialog erhoffen sich die Initiatoren, dass auf Bundesebene die EU zum Handeln aufgefordert werde. Es sei nicht nur die Angelegenheit eines Bundeslandes alleine. Nur das deutliche Wort in Richtung Brüssel, geäußert vom Bund, werde wohl nachhaltige Aktivitäten auslösen. Weiter werde auch eine einheitliche Vorgehensweise in der Durchführung eines Störfallmanagements angestrebt. „Das Blut der Betroffenen ist in allen Bundesländern gleich. Die Erwartungshaltung auf Hilfe dürfte wohl nicht an Landesgrenzen enden. Wir müssen situationsgerecht und einheitlich vorgehen, da ist auch der Bund gefragt ....“ sieht Korn der Veranstaltung am 10. Nov. 2008 erwartungsvoll entgegen.